

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. und die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gehaltene Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26.

Dresden, Dienstag den 2. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preussische Wahlrechts-Demonstrationen.

Am Sonntag haben in zahlreichen Städten Preussens Wahlrechts-Demonstrationen stattgefunden, in denen die Arbeiter ihre festen Willen bekundete, die Schmach des Dreiklassen-Systems mit aller Schärfe zu bekämpfen. In einigen Städten gingen die Demonstrationen nicht ohne Zusammenstöße mit der Polizei ab, es gab zahlreiche Verletzte. In anderen Städten verlief alles ordnungsgemäß. Die Schuld an dem Blutvergießen in preussischen Städten muß der Polizeigewalt aufgedrückt werden, denn es ist nicht der mindeste Grund abzusehen, am gegen friedliche Staatsbürger, die nichts wollen als gegen die Ungleichheit der Wahlrechte demonstrieren, der Säbel geschwungen zu werden. Überall wo die Polizei sich verständigergewisse zeigt, beschämte, in ruhiger Weise für die Aufrechterhaltung des Gesetzes zu sorgen, verlief alles ohne Schwierigkeiten, wie in Frankfurt a. M., die Polizei überhaupt nicht gegen sie zu bestehen.

Die reaktionäre Presse sucht, wie nicht anders zu erwarten die Demonstrationen der Arbeiterklasse zu verunglimpfen und friedlichen Bürger in Schrecken zu setzen. In Wahrheit ist es sich bei diesem reaktionären Geklämmel nur darum, den linken Gegenstand der Tagesordnung beiseite zu schieben. Kommen denn überall im Lande diese Demonstrationen? Sagen sie etwa aus einer leichtfertigen Raubgier, wie es später die Reaktion und der Phylister darzustellen versuchen wollen? Sie entkräften demnach lang verhaltenen der Volksmassen, die wieder und wieder in geordneter ihre Rechteforderungen erhoben haben, die aber stets von der reaktionären Presse abgewiesen wurden. Muß die Arbeiterklasse Preussens auch äußerlich verbittert, wenn sie, wie die Regierung in Preussen jetzt wieder vor den feigen Blicken? Das Blatt des preussischen Ministers v. Sillow zeigt aus dem letzten Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses nur die einzige Folgerung: die Wahlrechtsfrage trägt, vermag — auf wie lange? Auf die Zeit, wo nur sämtliche „staatsrechtlichen Vorarbeiten“ der Regierung vorliegen, sondern wo auch die preussischen Junker, die Oligarchen und die Pöbelisten, bereit sein werden, eine Wahlrechtsreform zuzulassen?

Es ist wahrlich nicht zu verwundern, daß die Arbeiterklasse gewillt ist, sich vor einer amnestierenden Junterpartei in ewiger Abhängigkeit zu ergeben. Was die Regierung Sillows vor sich hat, wenn die preussischen Junker ihren Willen erheben, die Arbeiterklasse braucht das gleiche, staatsbürgerliche Recht wie die Junker. Wenn jetzt in Wahlrechtsdemonstrationen der Partei des Volkes machtsvoll hervortritt, so das denen eine Lehre sein, die da wahren, große geschichtliche Bewegungen mit ähnlichen Bewandlungsstufen auszuweisen oder mit Polizeimitteln unterdrücken zu können. Trotz und alledem wird die deutsche Arbeiterklasse sich Rechte gewinnen, die in andern freieren Staaten längst Besitz der Arbeiter sind.

Sollten wir eine politisch denkende bürgerliche Klasse, so die diese längst auf Seite der Arbeiter gestellt haben, um sich einmal in Preussen-Deutschlands Politik die mitteleuropäische einzuführen. Unser Vorgehen beschränkt sich aber, unpolitisch, es nun einmal ist, darauf, über die proletarische Erziehung der Arbeiter zu setzen, während sie den viel schlimmeren gefährlicheren Verfall der Staatsordnung, die schließlich die Autokratie als unabwendbares Schicksal ergebungsquantum.

Die Verhaftung des Polizeichefs Lopuchin.

Aus Petersburg wird dem V. L. geschrieben: Gestern mittags erfolgte die Verhaftung des einflussreichen des Polizeidepartements und Chefs der Geheimpolizei, Alexei Alexjewitsch Lopuchin, der unter Ministern v. Plehwe und Fürsten Swiatopolk-Mirski im Amt des Staats Wirt eine fast allmächtige Rolle spielt hat. Lopuchin wurde verhaftet, weil gegen ihn eine Anklage wegen Landesverrats erhoben worden, deren Richtigkeit feststehen soll. Lopuchin in der Lawrischaja belegene Privatwohnung wurde nachts von 40 Soldaten umzingelt, worauf in Gegenwart des Staatsanwalts Samojdanaki in der Wohnung des einflussreichen, der viele Tausende von Hausbesitzungen geleitet eine Hausdurchsuchung stattfand. Lopuchin wohnte der Wohnung, die sein früherer Untergebener, der Chef der (Sicherheitspolizei) Oberst Gerasimow, leitete, aber gefloht bei. Er öffnete selbst mehrere Geheimfächer des Schreibtisches und übergab dem Obersten Gerasimow die Briefschaften. Schließlich zog Lopuchin noch einen Brief aus der Tasche, den er vor wenigen Tagen von dem Chef des revolutionären Komitees in Paris, Duzjev, erhalten. Er übergab dem Brief dem Chef der Geheimpolizei den Worten: „Hier das allerinteressanteste Dokument für welches meine Schuld vollkommen fest.“

Inzwischen kamen verschiedene Personen zu Lopuchin an, darunter der frühere Chef des Ministers des Innern G. I. Urasow, und andere, die sofort durchsucht und mehrere Stunden verhaftet wurden. Lopuchin wurde

nach der Hausdurchsuchung in einer geschlossenen Kutsche ins Kreft-Befängnis in strenge Einzelhaft übergeführt. An diese sensationelle Verhaftung, die in bürokratischen Kreisen die größte Aufregung hervorgerufen hat, schlossen sich zahlreiche Hausdurchsuchungen und die Verhaftung vieler Personen, die mit dem einflussreichen Polizeichef in Verbindung gestanden haben.

Lopuchin wurde verhaftet, weil er den einflussreichen Agenten des russischen Polizeidepartements, A. J. M., der von 1902 bis 1905 in Paris als Geheimagent zur Überwachung der Revolutionäre wohnte und der russischen Regierung die wichtigsten Dienste geleistet hat, dem Komitee der sozialrevolutionären Partei verraten hat. Er soll eine ganze Reihe wichtiger russischer Dokumente mitgegeben haben, die der Partei zeigten, wie schwer A. J. M. im Verlauf von fast zwölf Jahren verraten hat. Die Geschichte, wie A. J. M. Verrat aufgedeckt wurde, ist im großen ganzen bereits bekannt. Den ersten Verdacht gegen A. J. M. hat bei den russischen Revolutionären im Ausland der frühere Chef des Chefs der Moskauer Geheimpolizei, D. A. J., der selbst ins revolutionäre Lager übergegangen war, rege gemacht. Schon damals wurde A. J. M. vor das Tribunal der Revolutionäre gestellt, doch gelang es der russischen Geheimpolizei, seinen Ankläger D. A. J. zu verhaften und nach dem Turuchansk-Gebiet zu verschicken. Durch die lebhafteste Fürsprache der revolutionären Burgen und Fürst Krapotkin, die A. J. M. damals für unschuldig hielten und an seinen Verrat nicht glauben, wurde A. J. M. freigesprochen, bald tauchten aber auch dem ihm scharf beobachtenden Burgen erste Zweifel an der Zuverlässigkeit A. J. M. auf. A. J. M. interessierte sich nicht nur für die revolutionären Angelegenheiten, sondern auch für die innere Politik Russlands. Er hat während der ersten und der zweiten Duma eine gewisse Rolle hinter dem Rücken der Parteien der Linken gespielt und sich ferner an mancherlei „Expropriationen“ beteiligt. Auf diese Weise stellte A. J. M. einen für die russische Regierung geradezu unbeherrschbaren Menschen dar, der auf revolutionärem Gebiet allwissend war und das Polizeidepartement von den meisten Aufträgen rechtzeitig benachrichtigte. Trotzdem war der einmal gegen A. J. M. aufgestiegene Verdacht in revolutionären Kreisen nicht ganz erloschen. Man beobachtete ihn sehr scharf und fand alsbald, daß er ein unbedeutendes Mitglied der Partei verraten hatte. A. J. M. mußte von der Abreise dieses Mitgliedes nach Russland, welches ganz unerwartet an der Grenze in Wladimir verhaftet wurde. Es steht nun fest, daß der Verdacht gegen A. J. M. dem revolutionären Zentralkomitee von Lopuchin bestätigt worden ist, der mit Burgen im Briefwechsel stand; so bietet sich das sehr russische wunderbare Bild, daß ein russischer kleiner Geheimagent mit ausländischen Revolutionären in Verbindung steht und sie der russischen Regierung verrät, während der Chef der russischen Geheimpolizei den ausländischen Revolutionären als Agent dient und ihnen Staatsgeheimnisse mitteilt.

Lopuchin ist erst vor einer Woche aus Paris zurückgekehrt, wo er verschiedene Vertreter der revolutionären Partei gesprochen hat. Wie mir aus informierten Kreisen mitgeteilt wird, stand Lopuchin schon seit seiner Entlassung bei der Regierung in einem gewissen Verdacht. Man sprach von mancherlei sonderbaren Sachen und mußte davon berichten, daß wichtige Schriftstücke von seinem Tisch auf ganz rätselhafte Weise verschwinden und in die Hände der Parteien der Linken gelang seien. So soll beispielsweise die Angelegenheit der Geheimdruckerei des Polizeidepartements, welche vom Gendarmenoffizier Komissarow geleitet wurde, von Lopuchin an den Fürsten Urasow verraten worden sein, der die Angelegenheit an die Öffentlichkeit brachte. Komissarow, der heute die Schutzpolizei St. Petersburgs befehligt und dem Spezialdienst beim Premierminister verrichtet, beschäftigte damals (es war unter dem Kabinett Witte) das Polizeidepartement mit dem Druck revolutionärer Aufrufe. Damals wagte keine Hand sich gegen den allmächtigen Lopuchin zu erheben. Jetzt hat der Machtvoller von ehemals im Gefängnis und steht der allerhöchsten Bestrafung entgegen.

Die Erfinderschutzfrage und die technischen Anestellten.

In dem Machtverhältnis zwischen dem Angestellten und dem Fabrikanten ist wohl die Erfinderschutzfrage das interessanteste Problem. Denn dabei kommt das Abhängigkeitsverhältnis des technischen Angestellten vom kapitalistischen Betrieb ganz besonders klar zum Ausdruck. Die Literatur über den Gegenstand ist in den letzten Jahren ungeheuer angewachsen. Kennzeichen haben die Juristen versucht, durch streng juristische Definitionen die schwierige Frage zu klären.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht natürlich die Frage: Wer ist der rechtmäßige Eigentümer einer im Erfindungsprozess hergestellten Erfindung, der Erfinder, also der Angestellte, oder der Unternehmer? Zur Klärung der Frage ist es notwendig, sich den Werdegang einer Erfindung vor Augen zu führen.

Dabei sind zwei Gesichtspunkte zu unterscheiden. Entweder erweist die Diktation den Auftrag zu irgend einer planmäßigen Konstruktiven

Arbeit, oder der Angestellte hat, unabhängig von den Erfolgen seiner Firma, selbst eine Erfindung auf dem betreffenden Spezialgebiet gemacht. In beiden Fällen eignet sich heute die Firma sofort die Erfindung an mit der Begründung, daß die benötigten Versuchsarbeiten, die vorhandenen Betriebsanrichtungen (Maschinen, Werkzeuge usw.) dem Betrieb angehören, daß der Erfinder selbst Angestellter der Firma ist, der er als Lohnarbeiter seine Arbeitskraft ungeschämter verkauft habe. So müßten alle Ergebnisse seines Schaffens dem „Dienstherren“, dem Unternehmer, ohne weiteres zugesprochen werden.

Diese Verweigerung ist aber in ihren wesentlichen Punkten falsch. Der Ingenieur Julius B. hat in einer kleinen, lesenswerten Broschüre: Technische Angestellte und ihre Erfindungen, eine sehr guttunende Darstellung des Erfindungsprozesses gegeben. Er unterscheidet drei Teile, die zur gewerblichen Bewertung einer Erfindung führen: 1. die Konzeption der erfindungsreichen Idee; 2. die technische Fortentwicklung oder Ausgestaltung der Erfindung; 3. die kaufmännische Ausbeutung der technisch fertigen Erfindung. Die Konzeption der erfindungsreichen Idee, das eigentliche Erfinden, ist, physikalisch genommen, eigentlich nur eine *Elektrische*, daß man eine bestimmte technische Wirkung mit bestimmten Mitteln oder auf bestimmtem Wege erreichen kann. Diese Erkenntnis ist fast ausnahmslos die Schöpfung eines Augenblicks, im Gegensatz zu der technischen Fortentwicklung und Ausgestaltung und zu der kaufmännischen Ausbeutung der Erfindung, die Zeit, Mühe und Geldaufwendungen erfordern. Es wäre ein müßiges Unterfangen, wollte man festzustellen suchen, welche von den unter 1., 2. und 3. angeführten Leistungen die wichtigere ist. Es genügt, daß alle drei unerlässlich sind, um einen wirtschaftlichen Erfolg herbeizuführen. Immerhin muß betont werden, daß die erfindungsreiche Idee, selbst wenn sie die unerschöpfliche Schöpfung eines Augenblicks ist, dennoch in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Grundlage des Ganzen bildet, und daß sie dasjenige ist, worauf die Gewährung wertvoller Sonderrechte beruht.

Das erfindungsreiche Gestalten ist ein intuitives Schöpfen. Hundert Ingenieure können an einer interessanten Betriebsanrichtung herangehen, und nur einer findet die glückliche Idee, die dann die Erfindung entstehen läßt. Die Aktionäre einer großen Industrie-Gesellschaft mögen noch so viel Kapitalien für die Vornahme bestimmter Versuche, für die Anschaffung bestimmter Betriebsanrichtungen und für die kaufmännische Ausbeutung der technisch fertigen Erfindung zur Verfügung stellen: sie bleiben totes Kapital, wenn nicht die Erfindertätigkeit befähigter Ingenieure dazu kommt.

Welche positiven Verbesserungsvorschläge sind nun gemacht worden? Man sollte annehmen, daß der zunächst als Erfinder bezeichnete, der industrielle Angestellte, für einen gefunden Erfindungsbeitrag eingetretene wäre. Tatsächlich aber haben die alten Techniker-Verbände und Ingenieurvereine sich um diese Dinge nicht gekümmert. Erst seit etwa drei Jahren können wir von einer planmäßigen Agitation und einem richtigen Erfinderschutz seitens der Angestellten reden. Der Bund der technisch-industriellen Beamten — gegen den hauptsächlich der Anschlag der holländischen Metallindustrie auf das Patentrecht der Angestellten gerichtet war — hat das Bedürfnis, zur Regelung dieser Frage gewisse brauchbare Vorschläge gemacht zu haben.

In den vom Bund aufgestellten *Beispielen* zu dieser Frage wird zunächst gefordert, daß technische Angestellte und Arbeiter als Eigentümer der von ihnen herbeizubringenden Erfindungen betrachtet werden. Ist der Angestellte, der die Erfindung ausbeuten will, nicht zugleich der Erfinder, so soll der Name des Erfinders gleichzeitig mit der Anmeldung angegeben werden. Der Unternehmer hat ein Vorkaufsrecht auf die Erfindungen, die von den Angestellten seines Betriebs in dessen Arbeitsbereich gemacht werden. Bezüglich der ganz oder teilweise (z. B. für fremde Länder) auf die Verwendung der Erfindung, dann ist der Erfinder insoweit unbeschränkter Herr. Als Gegenleistung für die Überlassung seiner Erfindung an den Unternehmer hat der Erfinder Anspruch auf einen angemessenen Anteil an dem Nutzen. Als angemessen ist, wenn nicht außerordentliche Verdienste vorliegen, mindestens der dritte Teil anzusetzen.

Wegen die Einzelheiten dieser Vorschläge lassen sich gewiß Einwendungen machen. Der Gegenstand ist nicht so einfach, daß für alle vorkommenden Fälle, die sehr voneinander abweichen, eine allgemein gültige Formel aufgestellt werden könnte. Richt sich aber auch von Fall zu Fall über die Höhe des Gewinnanteils streiten, so muß doch der Grundsatz scharf festgehalten werden, daß der Arbeitende, der eine Erfindung im Betriebe gemacht hat, das Verfügungsrecht darüber nicht verlieren darf. Das doch die industrielle Praxis geradezu vorkommende Vorgehen geübt. Man hat den sojalen Begriff der „Etablierungserfindung“ konstruiert. Nicht nur die Erfindungen, die der Angestellte im Auftrag seiner Firma ausführt, werden als Eigentum des Unternehmers proklamiert, sondern auch die Erfindungen, die der Angestellte auf seinem Spezialgebiet in seiner freien Zeit gemacht werden, werden sofort dem Unternehmer angeschlossen. Schon im ersten Fall ist es ungeschicklich. Auch wenn dem Angestellten der Auftrag gegeben wird, auf Grund der vorhandenen Erfahrungen die bestimmte Lösung eines technischen Problems zu finden, bleibt auch diese Arbeit ein rein intuitives Schöpfen. Die Lösung des Problems hängt von der Individualität des Schöpfenden ab. Es handelt sich um eine komplizierte Denkarbeit, deren Wert durch einen Lohnvertrag nicht festgesetzt werden kann.

Noch schlimmer liegt der Fall für den Angestellten, wenn er unabhängig von seiner Arbeit für den Unternehmer zur Lösung irgendeines technischen Problems gekommen ist. Angenommen, ein Ingenieur im Bauwesen einer elektrischen Firma kommt auf die brauchbare Lösung einer besonders schwierigen Schaltkonstruktion. Gewiss er seine Erfindung zum Patent anmelden will, wird sie von seiner Firma als Eigentum beansprucht, da sie in ihrem „Geschäftsbereich“ liegt. In gewöhnlichen Fällen, deren „Geschäftsbereich“ ungeheuer groß ist, kommt dieser Fall natürlich sehr häufig vor. Hier wird der Diebstahl geistiger Arbeit planmäßig organisiert, ein modernes Manöverbuch geistlich geschützt und gefördert.

Aber nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit muß unsere Forderung hier ausgebaut werden. Noch ein sehr wichtiger Gesichtspunkt verdient größere Beachtung, als ihm bisher zuteil geworden ist. Man hat sich in den letzten Jahren gewöhnt, von der „amerikanischen Gefahr“ zu reden. Amerika mit seiner riesenhaften industriellen Entwicklung und seiner technischen Leistungsfähigkeit hat

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.

auf den wichtigsten Gebieten gewerblicher Arbeit die Länder der alten Welt überholt. Auch dem Deutschen zeigt sich der Amerikaner auf dem internationalen Markte als gefährlicher Konkurrent. Deutsche Sachverständige, die Amerika studiert haben, sind fast überstimmt zurückgekommen mit der Einsicht, daß das Geheimnis amerikanischer Wirtschaftserfolge zum guten Teil in dem großartigen Erfindungsgeist begründet ist. Der amerikanische Ingenieur oder Arbeiter, der einem Unternehmer brauchbare Erfindungen anbietet, erhält dafür als ganz selbstverständliche Gegenleistung einen gewissen Anteil, eine Abfindungssumme. Ja, der amerikanische Unternehmer sucht durch solche Vorteile die Erfindertätigkeit seiner Angestellten und Arbeiter in jeder Weise anzuapornen. So machen dort fast während die Erfindungen empor, und technische Erfindungen, die sich nicht mehr bewähren, werden überflüssigste Betriebsmittel eingezogen und angewendet, jeder brauchbaren technischen Neuerung zum Fortschritt zu verhelfen. Bei uns aber wird durch eine realistische Gesetzgebung, die nicht den Erfindern, sondern den Ausbeutern schenkt, die Schaffensfreudigkeit der berufsmäßigen Erfinder gelähmt und damit der technische Fortschritt hinfänglich.

Schon aus diesem Grunde, der für unsere „nationalen“ Parteien doch ins Gewicht fallen dürfte, wenn auch der an dem Arbeiter veräußerte Anteil seines Eigentums ihr kapitalfreundliches Herz nicht beschwert, ist ein zeitgemäßer Ausbau unserer Erfinderschutzgesetzgebung unabweisbar. Wenn er kommen wird, das hängt freilich zum großen Teil von der Entscheidung ab, mit der die Beteiligten und Ausgenutzten selbst für ihr gutes Recht eintreten.

R. W.

Deutsches Reich.

Das Telegramm an Chm Krüger.

Der hochmoralische Schriftsteller Adolf Stein hat seinen ein Buch „Wilhelm II.“ erscheinen lassen, in dem der Versuch gemacht wird, alle Vorwürfe, die gegen den Kaiser erhoben wurden, zurückzuweisen und den Kaiser als das verkannte Gute hinzustellen. Adolf Stein will der getreue Vasall Wilhelms II. sein und lieber anderen Leuten alle Schuld aufladen.

Solche Versuche haben keinen Wert. Dem deutschen Volk kann es auch einigermaßen gleichgültig sein, ob die traurige Gestaltung der deutschen Situation unter den Völkern mehr auf das eine Konto oder mehr auf andere Konten gebracht werden muß. Wir waren schon stets bereit, die „Stoßkrieger“ in der Umgebung Wilhelms II. nicht zu überschätzen.

Ein Beispiel, wie Adolf Stein die Dinge behandelte, mag die Darstellung über das berühmte Telegramm des Kaisers an Chm Krüger geben. Ohne Zweifel werden die Dstiflösen nicht dazu schweigen können. Stein schreibt:

Das Telegramm an Krüger ist nicht vom Kaiser. Es ist vielmehr die wohlmeinende Antwort des kaiserlichen Amtes auf eine Anfrage aus Transvaal. Schon vier Wochen vor dem Jameson'schen Einmarsch, als die Vorbereitungen dazu der Regierung in Pretoria ruckartig wurden, ließ sie in Berlin anfragen, wie sich Deutschland und die übrigen Mächte zu einem bewaffneten Konflikt zwischen England und den Burenstaaten stellen würden. Die Antwort, die dem vermittelnden Privatmann erteilt wurde, lautete: Die diplomatische Unterstützung Deutschlands, insofern, als es auch ein eigenes Interesse an der Erhaltung der Selbstständigkeit der Burenstaaten habe, sei ihnen lieber, aber darüber hinaus hätten sie auf keinerlei Hilfe Deutschlands oder irgendeiner Großmacht zu rechnen. Dieser Bericht war mit der Zeit noch unternommen, als der Zulassungserfolg erfolgte.

Nun wurde im Auswärtigen Amte der Text der berühmten Depesche aufgelegt und Herr v. Marichall hielt darüber am 3. Januar vor dem Reichstag ein Vortrag. Der Kaiser war schon tags zuvor in Potsdam beim Kaiser geblieben. In der Nacht war das Telegramm von Jameson's Ende im Neuen Palais eingegangen, und nun machte sich der Kaiser selber auf den Weg, um seinen Bericht der Presse zu exponieren. Um 9 Uhr 15 Min. früh kam er nach Berlin und besah sich sofort vom Balkon zum Fürsten Hohenzollern, wo ihm der Vortrag erwartete. Ein Gläubiger davon, daß die Buren „in eigener Zucht“ ohne fremde Hilfe den Angriff abgelehnt hätten, sei die beste Form der verzüglichen Abhilfe an sie. Der Monarch machte einige Einwürfe, ließ sich aber schließlich dann von der amtlichen Autorität doch dazu bewegen, die Depesche zu unterschreiben. Politik ist Sache der „Verantwortlichen“, und Wilhelm II. ist ein konstitutioneller Herrscher. So ist das „impulsive“ Telegramm Wilhelms II. entstanden — ein konzentrierter Auszug der Weisheit des kaiserlichen Amtes. Das Telegramm ließ in Deutschland die Burenbegeisterung lichterloh aufblitzen; es wurde in Pretoria nicht verstanden und in England wirkte es wie ein Schlag ins Gesicht der ganzen Nation.

Das große Übel kam bald nach. Und der Kaiser schwing und leug die Last und wußte wohl Jahre lang daran arbeiten, die schlimmsten Folgen zu verhüten. Sein eigenes Volk wandte sich ab von ihm und registrierte das Krügertelegramm unter die Temperamentsausbrüche, die er immer hinter dem Rücken der Welt des Auswärtigen Amtes begehe, so daß sie schon ganz verpöndelt seien und nachgerade kein Krüger mehr den Kaiser zu „beden“ vermöge.

Die Opferwilligen.

Mit dem Selbstmorde der Bergarbeiter laufen Junker und Junkerposten gegen die Nachschleuder Sturm. Auch Hobdiesl, der Kleinsten, in neuerdings wieder auf dem Kampffeld der Wunden der Landwirte einen Vortrag über Nachschleuder und Wahlrechtsfrage gehalten. Er behauptete in seinem Vortrag, daß Nachschleuder bedeute die Herabsetzung der Selbstständigkeit des gesamten deutschen Bauernlandes. Gegen eine solche junkerliche Lieberlei sei festgestellt, daß nach angeführten Erhebungen, deren Resultat im Wesentlichen aus dem Viehwirtschaftsstande hervorgeht, 4/5 aller schlesischen Landwirte von der Nachschleuder überhaupt nicht getroffen werden. Soweit die Landwirtschaft nachschleuderpflichtig gemacht wird, handelt es sich in der Hauptsache um die Großgrundbesitzer. Von einer Herabsetzung des Wahlrechtes für Preußen will Boden natürlich erst recht nichts wissen. Er verteidigt sich zu der größten Behauptung, die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung werde am Widerstande der deutschen Landwirtschaft zerbrechen. Schließlich brachte er dem Fürsten Bülow mit der Entlastung der allerhöchsten Opposition.

Auch die Agrarier im Großherzogtum Oldenburg protestierten gegen die Nachschleuder und verlangten, daß der Vertreter Oldenburgs im Bundesrat gegen die Politik des Reichstages an kämpfen solle. Die Nachschleuder müsse fallen, und wenn der Reichstag darüber stützen sollte.

Den gleichen Ton schlug auch der Direktor des Bundes der Landwirte, der Abg. Dietrich Dahn an; er betonte, daß der Bund der Landwirte es ablehne, sich von einem Manne wie Bülow lehren zu lassen, der seine Lieberzeugung schon mehr als einmal gewechselt habe.

Diese lieblichen Ouberturen zur Zirkus-Busch-Operette der Velleitenden sollten erkennen, wie man besten zu pfeifen und zu trommeln geht.

Liebertgardisches.

Die Straßburger Reichsverbänder Rechtsanwalt Dr. H. Weigert und Militär-Paninpektor Siegmund äußerten sich durch eine scharfe Kritik beleidigt, die unser Straßburger Parteiblat an die Veröffentlichung eines Briefes der dortigen Ortsgruppe des Reichsverbandes geknüpft hatte. In dem Reichsverbänderbriefe wurde zum Inzentenposten unserer

Parteipresse aufgefordert. Etwa 16 Parteiblätter sind durch die beiden Herren, die den Brief unterschrieben hatten, mit einer Anfrage beglückt worden, weil sie gleichfalls die Notiz nachdrucken. Die erste empfindliche Niederlage haben die Herren sich in München geholt. Das dortige Gericht lehnte die Privatklage der Reichsverbänder ab und bildete ihnen die Kosten auf, da es die Bekämpfung des Reichsverbandes vom Standpunkt des Beschuldigten aus als begründet, als notwendig anerkennt.

In Braunschweig passierte ihnen das Maßheur, daß ihre reichsverbänderlichen Genossenschaftsmitglieder als Richter abgelehnt wurden und erst jetzt sind sie durch die Straßburger Richter glänzend gerechtfertigt. Denn Genosse Schneider wurde als verantwortlicher Redakteur der Freien Presse zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Auch hier führte das Gericht in der Urteilsbegründung aus, daß der Angeklagte zweifellos in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe. Nicht nur als Redakteur der Freien Presse hatte er ein berechtigtes Interesse, seinem Blatte die Annoncen zu erhalten, sondern auch als Mitglied des Deutschen Buchdruckerverbandes wie als Straßburger Bürger hatte er ein Interesse daran, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Straßburger Einwohner Arbeit erhalten, daß nicht, wie in dem Briefe gleichfalls angedeutet wurde, Arbeiter (Geld) von auswärts nach Straßburg herangezogen würden. Nur in den Ausdrücken „Reichsverbänder“ und „Reichslীগengesellschaft“ sei der Angeklagte über das Maß hinausgegangen. Alle übrigen Vorwürfe seien nicht beleidigend. Genosse Schneider hatte dem Verbandsvorsitzenden, daß er mit unerhörter Straußlosigkeit gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft wirke, er proklamieren den ausgebrochenen Vorfahrt gegen politische Andersgesinnte Bevölkerungsschichten und schwingte die Hungerbeißer über die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft; er übe den unverhältnismäßigsten im Geheimen betriebenen Terrorismus, den man sich denken könne. Als strafmildernde Umstände wurden in Betracht gezogen, daß die Ausdrücke „Reichsverbänder“ und „Reichslীগengesellschaft“ stereotyp angewandt werden und fast zu einem terminus technicus (Fachausdruck) geworden sind.

Unabwendige Weihnachtszeit.

In Stepping an der bairischen Grenze wurde die Weihnachtsfeier eines „Vereins für Hebesübungen“ in dem Augenblicke vom Wenden ausgestellt, als die Teilnehmer, um den Tannenbaum herum, ein Weihnachtslied sangen. Zugleich nahm der Gendarm die Vereinsklasse mit. Die Festlichkeit war beim Amtsvorsteher angeordnet.

Auf die erhabene Bekleidung wurde jetzt dem Vereinsvorsitzenden die amtliche Mitteilung, daß die Befreiung zu Unrecht erfolgt sei. Der Amtsvorsteher Herrerte persönlich die beschlagnahmte Klasse an den Wachen ab; er teilte zugleich mit, daß solche Übergriffe in Zukunft vermieden werden sollen.

Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte.

Eine weitgehende Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte ordnete der König von Württemberg durch Erlass vom 29. Januar an den Justizminister an. Der Erlass lautet:

„Nachdem zu meiner Kenntnis gekommen ist, daß eine größere Anzahl von Personen noch jetzt an der Ausübung öffentlicher Rechte verhindert ist, weil ihnen zur Zeit der Geltung des früheren württembergischen Strafgesetzbuchs durch gerichtliches Urteil die bürgerlichen Ehren- und die Dienstrechte auf Lebenszeit aberkannt worden sind wegen Gesetzesübertretungen, die nach den milderen Vorschriften des geltenden Reichsstrafgesetzbuchs nicht mit dem nämlichen Ehrverlust bestraft werden, so ist es mein Wille, daß die solchermassen Verurteilten durch einen allgemeinen Erlass wieder in die bürgerlichen Ehrenrechte wieder teilschaftig werden.“

Beachtenswert ist hierbei, daß die Anregung zu diesem Erlass vor einigen Wochen von der sozialdemokratischen Presse ausgegangen ist, die dabei einen bestimmten Fall veranlaßte.

Preussische Tradition.

Die Kreuzzeitung hält sich darüber auf, daß einzelne bürgerliche Blätter der diesjährigen Reichstagswahlfeier keine politische Bedeutung zuerkennen wollen. Das konservative Blatt erhebt den Vorwurf, jene Blätter hätten nur deshalb eine angeblich bevorzogene Annahme angeknüpft, um Hoffnungen zu erwecken, die dann schmachvoll getäuscht werden müßten. Die Kreuzzeitung meint, eine Annahme wäre „ein Eingriff in den geschichtlichen Gang der Rechtspflege und dies widerspreche der preussischen Tradition in so hohem Maße, daß man diese Praxis lieber anderen Händen überlassen wolle.“

Zur Frage der Feuerbestattung in Preußen erfährt das W. Z., daß nun ein Gesetzentwurf vom Ministerium des Innern fertiggestellt vorliegt, nachdem alle Bedenken, die einer in den gesetzlichen Regelung entgegenstanden, endgültig beseitigt sind.

Antisemitische Bruderkiebe. Dem aus der wirtschaftlichen Vereinigung ausgetretenen Abgeordneten Köhler hat der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg einen Brief geschrieben, der in der antisemitisch agrarischen Presse veröffentlicht wird. In diesem Brief spricht Liebermann dem Abgeordneten Köhler seinen verbindlichsten Dank dafür aus, daß er der Fraktion den Rücken gekehrt habe, und damit ihm, Liebermann, der peinlichen Aufgabe überhoben habe, seine Entsetzung aus der Fraktion zu verlangen.

Eine Festschickspose. Der Vorstand des Oldenburgischen Kriegerbundes hob den Beschluß des Delmenhorster Kriegervereins über den Ausschuß des agrarischen Ehrenvorsitzenden, Landtagsabgeordneter Müller, auf.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Landesparteiung der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie.

Prag, 1. Februar. Gestern fand hier der Landesparteiung der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen statt. Abgeordneter Dr. Adler entwickelte in ausführlicher Weise die politische Lage und erklärte, daß die nationale Frage, deren Lösung ein Lebensbedürfnis der beiden Nationen geworden sei, nur auf dem gemeinsamen Boden des Proletariats werde gelöst werden können. Im Namen der tschechischen Sozialdemokraten sprach Abgeordneter Kowec in deutscher Sprache. Abgeordneter Seliger erörtere sodann ausführlich die Lage des Ministeriums Wien und tabellierte die Politik der bürgerlichen Parteien. Abgeordneter Kanner wies darauf hin, daß der nun wieder lebendig gemordete Gedanke der nationalen Kreisverteilung von 1849 aufgegeben sei. Grotes Kuffchen erregte es, als ein indischer Sozialist, Dr. Krishna aus Bombay, die Grube seiner

Stüber in englischer Sprache überbrachte und die Reihen des indischen Proletariats (Hilberie. Deuts werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Frankreich.

Aus der Deputiertenkammer.

Paris, 1. Februar. Die Deputiertenkammer verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über die Einkommensteuer und nahm mit 407 gegen 127 Stimmen den Artikel an, der die Ergänzungsteuer auf das Gesamteinkommen festsetzt. Nach einer Erklärung des Finanzministers Cailleur wird diese Steuer den Ausländern nicht gezahlt werden, wenn sie tatsächlich die Mobiliensteuer entrichten. Im Verlaufe der Sitzung wurde ein Artikel angenommen, demzufolge bei der Ergänzungsteuer besonders die Mitglieder des diplomatischen Korps, die fremden Konsuln und Konsularagenten in demselben Maße befreit werden, wie die von ihnen vertretenen Länder den diplomatischen Vertretern Frankreichs analoge Vergünstigungen genießen.

Nachdem die weitere Diskussion über die Einkommensteuer auf morgen vertagt worden war, ergriff Presse die Wort. Er sagte den Ministerpräsidenten an und antwortete auf verschiedene Vorwürfe, die ihm in einem Briefe Clemenceau, namentlich sein Duell mit Maurice Barres, gemacht worden seien. Er sei keineswegs feige. Der Ministerpräsident habe die Demokratie geliebt, die seiner Autokratie überdrüssig sei. Clemenceau antwortete Presse und verteidigte sich dagegen, ihm Vandal an Mut vorzuwerfen zu haben. Presse beantragte die einfache Tagesordnung. Clemenceau beantragte eine Tagesordnung des Vertrauens. Die Kammer lehnte mit 244 gegen 195 Stimmen die einfache Tagesordnung ab und nahm mit 315 gegen 122 Stimmen eine Tagesordnung an, in der sie die Bureaux darüber ausspricht, daß persönliche Fragen auf die Tagesordnung des Hauses gebracht werden seien, und gleichzeitig ihr Vertrauen auspricht, daß die Regierung in der Verwirklichung ihres Programms fortfahren werde.

Italien.

Ein Parlamentarier über Südtalien.

Id. Seit mehr als zwei Jahren ist eine parlamentarische Kommission mit Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der italienischen Provinzen beschäftigt. Die Kommission hat sich in fünf Unterkommissionen geteilt, die über die Lage in den Abruzzen, in Apulien, in Kampanien, Kalabrien und Sizilien berichten sollten. Vier dieser Berichte sind so gut wie druckfertig; nur die Monographie über Sizilien, die umfangreichste von allen, wird noch einige Monate zu ihrer Vollendung beanspruchen.

Der Corriere della Sera veröffentlicht ein Interview mit dem Abgeordneten Cappelli, dem Präsidenten der Erhebungskommission. Nach diesem Interview wurden die wesentlichen Ergebnisse der wirtschaftlichen Lage in Südtalien festgehalten: die durch die Abwanderung bedingte mangelnde Festigkeit des Bodens und schlechte Resonanz der Bevölkerung; völlige Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel, nicht wenig der großen Provinzialstraßen, als vielmehr der kleineren Wege, die die Dörfer mit den größeren Städten verbinden; unrationales Wirtschaften und ungenügende Düngung des Ackerlandes; mangelnde Ausbildung der Bevölkerung. In Apulien hat die Kommission die industrielle Entwicklung in der Provinz Bari feststellen können, ganz landwirtschaftlichen Aufschwung, in der Provinz Foggia und eines in dem des Aufschwungs in der Provinz Lecce durch Anlage von Industriekulturen und großen Obstbaumplantagen. Das gleiche gilt ungefähr von der Lage in Kampanien, wiewohl in den Abruzzen, der Basilicata und Kalabrien die Notlage sehr groß ist und die äußerste primitive Wirtschaft keinerlei Anzeichen des Aufschwungs zeigt. In Sizilien hat die Kommission eine blühende Landwirtschaft, während in Teilen der Insel Rückstand und Verelendung die Regel bilden. Erweitert die Auswanderung als einen der wesentlichen Uebel des Südtalens für Südtalien. Sie hat den Wucher befreit, den Wert des Grund und Bodens gehoben und das Landvolk von der Abhängigkeit an Schulden befreit. Die Kommission wird hauptsächlich von der Regierung Maßnahmen für die Kultur, für die Regulierung der Wasserläufe und den Ausbau des Volksschulunterrichts fordern, aber absolute Freiheit der Auswanderung, Anlage von Straßen mit Entlastung für den kleinen Grundbesitz.

Balkan.

Bulgarien und die Türkei.

Petersburg, 1. Februar. Die D. L. Z. erfährt aus zuverlässiger Quelle: Da Bulgarien bereit ist, der Türkei 20 Mill. Franken Entschädigung zu zahlen, schlägt Bulgarien der Türkei eine bedeutend höhere Summe vor, was die Abhängigkeit von Bulgarien. Auf diese Weise wird Bulgarien für seine Projekte nicht Lösung eine Anleihe von nicht mehr als 20 Millionen Franken aufnehmen, wobei Russland weder eine Kontrolle noch gewisse Garantien fordern wird. Ferner schlägt Russland, da die Türkei die zugefügten Schäden auf mehr als 20 Mill. Franken schätzt, der Türkei die kommen vor zum Zwecke der vollständigen Verdrängung ihrer Forderungen durch jährliche Ratenzahlung oder mittels entsprechender Kapitalanlagen in Raten. Gegenwärtig hat die bulgarische Regierung die prinzipielle Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Wege gegeben. Obgleich von der Türkei noch keine Antwort vorliegt, so ist doch Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß auch der russische Vorschlag sympathisch aufgenommen werden wird.

Konstantinopel, 1. Februar. Nach Angaben der West-Press die Türkei von Bulgarien 10 Millionen Frank (oder 25 Millionen Franken) nach 3 bis 4 Jahren. In der Summe ist die Entschädigung für die Orientbahn mit einbezogen.

Sofia, 1. Februar. Der Kollektivschritt der Serben macht sich morgen erfüllen, da einzelnen Serben die Instruktionen erst heute zugegangen sind. Der Schritt, der von den Mächten gemeinsam unternommen wird, bewirkt, wie verläut, die erster Anlaß die Abklärung, also die Beilegung der Grenzkonflikte, und eine baldige Verhandlung zwischen der Türkei und Bulgarien unter Aufsicht einer territorialen Kommission durch Bulgarien.

Die Debatte über das Bundeswesen.

Konstantinopel, 1. Februar. In der heutigen Sitzung des Parlaments wurde die Diskussion über das mögliche Bundeswesen in lebhafter Debatte fortgesetzt. Die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten schoben einander die Schuld an den mangelhaften Verfassungen zu. Unter dem Vorsitz des Staatsrats wies der Minister des Innern die Vorwürfe eines Griechen, die Regierung habe mit den Bundes in den Verhandlungen gehandelt, mit großer Entschiedenheit zurück.

Konstantinopel, 1. Februar. Der Großvezir hat heute die überreichungsgarantien des Reiches mitteilt, daß alle Schutzbefohlenen wegen des Boykotts befreit seien und daß die Abwanderung von Tzeli anhaltend die Waren bringen könnten.

Belgrad, 1. Februar. Politika zufolge fordert der Reichsminister von der Stupitsch einen neuen Kredit von 30 Millionen Diners. Die Stampa meldet, daß die Regierung in den Kreisen der altösterreichischen Partei auf Widerstand, die einige sich jedoch der Unterstützung der altösterreichischen Partei haben, das Kredit zu bewilligen, weil es dem Volkempfinden nicht entsprechen würde, ihn zu verweigern, während man für eine bestimmte Höhe des Bundes einträte.

Venezuela.

Caracas.

Caracas, 1. Februar. Der Minister des Innern Morazan hat den Generalstaatsanwalt Caraja beauftragt, Caracas wegen Verstoßung zur Ermordung des Präsidenten Gomez auszuverfolgen.

**Kassenmitglieder der Krankenkasse der
Innung der Baumeister zu Dresden.**

Donnerstag den 11. Februar 1909, abends 8 Uhr
(Einloch 7 1/2 Uhr, Schluß der Türen 8 Uhr)

Wahlversammlung

im Saale des Hotels Herzogin Garten, Dresden, Otto-Klee 15 b.
Tages-Ordnung:
Bis 4 Sekretären und 2 Ersatzmitgliedern zur General-Versammlung.
Wahlberechtigte Kassenmitglieder werden hierdurch eingeladen.
Wahlberechtigt und wahlbar sind hierbei nur diejenigen großhändlerischen
Kassenmitglieder, welche sich im Besitze des bürgerlichen Stimmrechts befinden.
(§ 37 Absatz 5 des Kassensatzes.)
Jedes Mitglied, welches an vorbezeichnete Wahl teilnehmen will,
hat sich vor Eintritt in den Saal durch Vorlegung des Quittungsbuches,
welches bis zum Tage der Versammlung vom Arbeitgeber quittiert und
abgeschlossen sein muß, zu legitimieren. Freiwillig steuernde Mitglieder
haben das von der Kasse quittierte Mitgliedsbuch vorzulegen.
An Stelle eines abgelaufenen oder verlorenen Quittungsbuches
berechtigt nur eine erteilungsgemäß vollzogene und abgestempelte Bescheinigung
des bez. Arbeitgebers zum Eintritte, wenn selbige mit dem Vermerk
„Gültig zur Wahl“ versehen ist.
Dresden, den 1. Februar 1909.

Krankenkasse der Innung der Baumeister zu Dresden.

Wahl. Teilschreiber
Obermeister der Innung der Baumeister zu Dresden.

Welschhufe, Hänichen, Rippien u. Possendorf.

Sonntag den 7. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr
im Gasthof zu Hänichen

Vortrag

von Herrn Naturheilkundigen Scholz, Dresden über:
„Die häufigsten Erkrankungen des Magens und
Darmes und ihre Behandlung.“
Eintritt frei. Vortragstafel gut geheizt. Eintritt frei!
Der Naturheilverein im Pl. Grunde.

Zschachwitz. Stenographie! Radeberg.

Ein Anfänger-Kursus beginnt:
Mittwoch den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Schmied
Restaurant, Zschachwitz
Donnerstag den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant
Sächsischer Reiter, Radeberg.
Unterricht und Lehrmittel 1.50 M.
Höflicher Betheiligung steht entgegen der
Deutsche Arbeiter-Stenotypographen-Bund.

Geschäfts-Gröpfung.

Einer geachteten Einwohnerschaft von Dresden und Umgegend
hierdurch zur Nachricht, daß ich am heutigen Tage in Dresden-A.,
Am Popplitz 26 und Fröbelstrasse 8 die

Wäscherei und Plättanstalt Elegant

eröffnet habe und bitte, mein Unternehmen bei Bedarf gütlich zu unter-
stützen.
Wäscherei und Plättanstalt Elegant
Inhaber: Hugo Bär.

Kohlen umsonst!

Auf meine neu eingeführte, nur erstklassige Margarine,
bester Ertrag für

Butter

gebe ich bei Einkauf von 1 Pfund 80, 90 und 100 Pf. einen Boni-
gratis, für den 7. Bon erhalten Sie bei meinem Kohlenhändler eine
Butte Kohlen umsonst.
Spezial-Butter- und Käse-Handlung Josephinenstr. 36.

Seelig's
caffëinfreier
kandierter
Korn-Kaffee
wohl-schmeckend
anregend,
nährkräftig, billig.
Generalvertrieb
Paul Bock, Dresden-N., Jordanstr. 4
Telephon 6436.

Frischer Schellfisch u. Kabeljau

direkter Seebezug, empfiehlt täglich zu billigen Preisen
Robert Irmischer, Mügeln-Heidenau
Ede Wismar u. Wühlstrasse.
Kalbfleisch 65, Schweine-
fleisch 65-70, Hammel-
fleisch 65-70, Rindfleisch
60-80 u. 2 Pf. 1 M.
Markthalle Antonplatz
Stand 14 und 15.
**Gute getragene
Herren- u. Damenkleider
Schuhwaren** kaufen Sie am
billigsten nur im
1. Dresdner Spezial-Kleidermagazin
Töpferstr. 1, 1. Etage.

M.-H.

Mittwoch
keine Sitzung.

**Freie Turnerschaft
Postchappel und Umg.**

Dienstag den 2. Februar 1909
Monats-Versammlung.
Höchliches Erscheinen wünsch. u. v.

**Kranken- und Begräbniskasse
der vereinigten Schuhmacher
zu Dresden (E. H.) 113.**

Montag den 8. Febr., abds. 8 Uhr
Regelmäßige Generalversammlung
Schiffelstr. 10, 1.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht. 2. Rechnungsab-
bericht aus das Jahr 1908. 3. Wahl
des Vorstandes nach § 19 des Sta-
tuts. 4. Wahl von drei Rechnungsab-
prüfern für 1909. 5. Altkassiers-
Quittungsbuch legitimiert.
Hermann Tönnies, Vorsitzender.

Restaur. Domsch

Papiermühlengasse 2.
Jeden Mittwoch:
gr. Schlachtfest.

Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.
Empfehle meinen freundl. kleinen Saal als Feiernsraum, zur Abhaltung
von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfeiern. Raum bis 120 Personen.
Wiphalsbergbahn Freital u. Sonnabend frei. Achtungsvoll Watzke.

Hammers Hotel
Freitag den 5. Februar
Grosser öffentlicher
Prämien-Maskenball.
Frühlingserwachen.
Nicht wie gewöhnlich. Jeder Besucher führt sich in
Nizza oder Florenz. Die schönste Damenmaske
erhält eine 2. goldene Uhr, die originellste eine goldene
Brosche. Die Prämierung wird durch vom Publi-
kum ausgeführt; keine Preisrichter.
Karten im Vorverkauf für Damen und Herren sind
zu haben in sämtlichen Wollschenen Sparerregelschäften,
bei Ernst Fischer, Kaiserpalast, Karl Weiss, Reibungs-
Kaffee und in Hammers Hotel, Augustburger Straße,
An der Kasse 2 M. Anf. 8 Uhr. Comanklerung 11 Uhr.
Begrüßungsvoll Moritz Beckert.

Stadt Leipzig

Balke's Gasthof, Gittersee
Mittwoch den 3. Februar 1909
Großer öffentl. Maskenball
Ein Abend in Schlaraffenland.

Hases Theater
Dresden-Löbtau, Crispplatz.
Von jetzt an: Jed. Dienstag neues Programm!
Zwei Woche: Das herrliche Pracht-Programm!
Ganz besonders zu empfehlen!
Sonntags 3-11 Uhr. Wochentags 5-11 Uhr.
Interessant. Lehrreich. Unterhaltend.
Die Erklärung der Bilder hat der rühmlich bekannte
Regisseur, ehem. Hofkapellm. Herr Irilling übernommen.
Das Theater ist angenehm geheizt.
Es lohnt ersehen ein Die Direktion.

Mutterspritzen
Spülkannen, Leib-
binden, Gummistrümpfe
Gifte bei Störungen und alle
Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. diskret.
Rich. Freisleben
Postplatz.
Man achte genau auf Firma,
da auf diese Kennen Rabatt.

Seefische - Volksnahrung!
Nordsee!

Riesen-Fänge!
Täglich

in allerfeinster, lebendfrischer Ware einreffend:
ff. Kabeljau, zum Kochen u. Baden

1-3pfündig, Pfund 20 Pf.

5 Pfd. 85 Pf.

ff. Kabeljau, groß, ohne Kopf
im Anschnitt Pfund 28 Pf.

ff. Helgoländ. Bratschellfisch
Pfund 18 Pf.

5 Pfd. 75 Pf.

solwie alle anderen Seefische von täglich frischem Fang
zu billigsten Tagespreisen.

Deutsche Dampffischerei - Gesellschaft

„Nordsee“
Webergasse 30. Telephon 2471.

Vereine!



Originelle humoristische -
Kopfbedeckungen
in Dreierauswahl, 2 Stk. u. 10 Pf.
Saal-Dekorationen
Orientalen, 7 m. Durchmesser 1.80 M.
Masken und Bärte
Tgl. von 25 Pf. an
Scherzartikel
in reichster Auswahl u. jeder Prei-
lage. Einmal billige Fabrikpreise.
Zuverlässige Preisliste gratis.
Ludwig Philippows
Dresden 156, Schiefelstr. 12
(nächt. Telephon)

1000 wertvolle Geschenke

Für die Leser dieser Zeitung
Jeder, der bei uns einen 10
Pfd. Emalje-Zimer Dölk-
tes-Pfannenmaske frucht für
M. 2.50, oder einen 10-Pfd.
Emalje-Zimer küsst, bringt
frucht für M. 3.25 oder 2 Pfd.
feinste Gullastück-Margarin
frucht für M. 3.- berechtigt,
hält ein wertvolles Geschenk.
Keine Nebenkosten.
Schreiben Sie sofort, da nur
1000 Geschenke für die Leser
ausgesetzt sind. - Jeder
Besteller erhält einen präkt.
Gebrauchsgesetz, gratis.
Verlag-Gesellschaft
Magdeburg 31 Post 114.

Jede alte

Nähmaschine wird wieder zu
repariert, ganz gleich welcher
System, garantiert auf ein Jahr.
Auf Wunsch vereinbare Preis werden
bei Wähler, Breitstr. 12, 11.

Arbeitsmädchen

finden lohnende, dauernde Beschäftigung.
Georg A. Jasmatzi A.-G.
Schandauer Straße 68.

Tüchtige solide Asphaltreue

finden dauernde und gutbezahlte
Arbeit. Besondere werden verlangt.
Gebrüder Braun Wm a. Z.,
Dachboden und Asphaltreue.

Schöne Wohnung

Stube, Kammer, Küche, 1. April zu
vermieten Ober-Gittersee, Dresden
Straß 46, 2. Etage.
Fisch-Götze - Alte Eiche.

Verband der baugetw. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Dresden und Umg.
Am Sonntag den 31. Januar fand nach langer Abwesenheit
unser treues Mitglied, der Kollege
Hermann Tennert
im Alter von 46 Jahren 3 Monaten ein Augenauge.
Leicht sei ihm die Erde!
Die Beerdigung findet Mittwoch den 3. Februar, nach-
mittags 1 Uhr, auf dem kgl. Friedhof statt.
Um geliebtes Geleit zur letzten Ruhestätte schließt die
Kollegen
Die Verwaltung.

Herrn - Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13.
Wer einen gründlichen und leicht
faßlichen Unterricht in Wert und
Schrift in der deutschen Sprache?
Offerten mit Preisangabe sind unter
G. V. Fabrikarbeiterverband, Volks-
haus, Auguststr. 2, III., zu richten.

Dank.

Herrn Köhler, der mich
meines lieben Mannes, welcher
guten Rat, Geduld und
Schwermut, bei Schwermut
Max Zöllner
legen wir hierdurch allen Freun-
den, Bekannten und Verwandten
unseren herzlichsten Dank.
Großburg, am 31. 1. 09.
Die tieftrauernde Witwe
nebst Kindern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Robert Groß, Redaktions-Verantwortlicher
Responsible für den Inhalt des
Reinhold Eißler, Dresden.
Druck und Verlag von Rade & Rade, Dresden.

